

Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für

Arbeit, Frieden, Umweltschutz



Gegenwind 237

Wilhelmshaven

Juli 2008

Hinter dem Horizont ...

Das Junge Theater setzte dem architektonischen Denkmal Südzentrale ein kulturelles Denkmal –Seite 6-



Denk mal!

Um Fehlplanungen und falsche Verheißungen geht es auf Seite 3 – es geht um die Errichtung eines weiteren e.on-Kraftwerks auf dem Rüstersieler Groden.

Was soll das mit der Info-Box am Geniusstrand? Ein Techno-Spielplatz an Stelle eines Badestrandes? Informationen zur millionenschweren Attraktion auf Seite 4.

Nichts läuft heutzutage ohne Sponsoring ab. Das kennen wir vom sonntäglichen Tatort oder von den Fußballspielen zur EM. Einer der Großen im Sponsorengeschäft ist der Energieriese e.on. Wir untersuchen auf Seite 5, ob es sich dabei um edle Spenden oder trojanische Pferde handelt.

Was geschieht mit dem Projekt der Landesbühne Nord „Hinter dem Horizont...“? Wird es nach einmaliger Aufführung in der Versenkung verschwinden? Damit es nicht ganz in Vergessenheit geraten kann, haben wir auf Seite 6 eine Collage dieses Südzentralen-Projekts erstellt.

Auf unserer Seite 8 wird aus der Schule geplaudert und das Recht der Kinder auf Bildung eingefordert.

Mit guten Vorschlägen verblüffte der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz das Verwaltungsgericht Oldenburg. Mit welchen Tricks es gelang, diese Vorschläge nicht zu berücksichtigen, erfahren Sie auf Seite 9: Oldenburger Sandkuchen.

Sind „Ein-Euro-Jobs“ Arbeitsplatzkiller? Auf Seite 10 finden Sie unseren Bericht aus der neoliberalen Gruselwelt.

Andere Gemeinden, andere Sitten: was in Wilhelmshaven eheres Gesetz ist, gehört im ostfriesischen Großfehn auf den Müllhaufen, wie Sie auf Seite 11 nachlesen können.

Nachrichten, Termine und Anzeigen finden Sie wie immer kreuz und quer im Heft verstreut.

Unser Titelbild zeigt eine vor den Südgiebel der Südzentrale montierte Szene aus dem Stück „Hinter dem Horizont...“. Das Foto vom Südgiebel verdanken wir ©GRUPPO635.com | foto. hufenbach.

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

meldungen

Aufschwung?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist weiter gesunken, haben wir zum Beginn des Quartals in den Nachrichten gehört. Und auch in Wilhelmshaven tobt der Aufschwung. Ja? Einen traurigen "Aufschwung" erlebt die Wilhelmshavener Tafel. Seitdem Hartz IV in Kraft ist, hat die Zahl der Menschen, die sich dort mit zusätzlichen Lebensmitteln versorgen, beständig zugenommen. War die Ausgabestelle im Textilhof lange Zeit an zwei Tagen in der Woche geöffnet, gibt die Tafel nach einiger Zeit mit drei Ausgabeterminen mittlerweile an vier Tagen in der Woche die Lebensmittel, die sie in Geschäften in der ganzen Stadt einsammelt, an Bedürftige weiter. Zu jedem Termin kommen zwischen 65 und 95 Personen, die für sich und ihre Familien nicht genug zum Essen kaufen können und diese zusätzlichen Waren brauchen.

Seit Ende 2007 gibt es sogar eine Warteliste. Wer bei der Tafel um einen Berechtigungsausweis nachsucht, wird aufgeschrieben und muss warten, bis jemand anderer nicht mehr kommt. Mehr als die 65 bis 95 Menschen pro Termin bewältigen die MitarbeiterInnen nicht, aber für mehr würden die Waren auch nicht ausreichen. Denn während die Armut in Wilhelmshaven wächst, nimmt natürlich die Zahl der Lebensmittelgeschäfte, die ihre noch guaten, aber nicht mehr verkäuflichen Waren für den guten Zweck abgeben, nicht zu.

36.000 € kostete der Betrieb der Tafel im Jahr 2007. Miete, Versicherungen, Energiekosten, Benzin, Müllabfuhr und noch einige Posten mehr summieren sich Monat für Monat zu 3000 €. Für das Jahr 2008 wird es noch mehr werden, denn die laufenden Benzinpreiserhöhungen schlagen auch bei der Tafel kräftig zu Buche.

Am 31. August wird die Wilhelmshavener Tafel ihr 10-jähriges Jubiläum begehen. Angesichts dessen, dass das Sozialamt, das Grundsicherungsamt und das Job-Center ihre "Kunden" an die Tafel verweisen, wäre es bestimmt angebracht, wenn von der Stadt und ihren Eigenbetrieben ein Dankeschön z.B. in Form von Gebührenerlass als Geburtstagsgeschenk rüberwachsen würde.(noa)

Dem Staat geschenkt

wird das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld der in den Werkstätten für Behinderte arbeitenden Menschen. Die GPS Wilhelmshaven betreibt in Wilhelmshaven und umzu einige geschützte Arbeitsstätten für Menschen mit Behinderungen. Insgesamt ca. 1300 Personen arbeiten dort. Viele von ihnen – etwa zwei Drittel – leben von Grundsicherung. Wenn die GPS im Sommer und im Winter je 26 € als Urlaubs- bzw. Weihnachtsgeld zahlt, dann haben diese GrundsicherungsempfängerInnen davon nichts. Das Grus-Amt muss ihnen das Geld als Einkommen anrechnen und gleich wieder von der Leistung abziehen. Die GPS zahlt also jährlich zwischen 40.000 und 50.000 € an das Grus-Amt. Da müsste es doch eine andere Möglichkeit geben! (noa)

Container-Netzwerker Eurogate

Der zukünftige Betreiber des JadeWeserPort – die Firma Eurogate – teilt in einer Pressemitteilung vom 03.07.08 ihren Beschluss mit, "ein Inland-Containerterminal-Netzwerk aufzubauen. Ziel ist die Entlastung der Seeterminals sowie ein verbesserter Service für die Kunden. Das Konzept sieht vor, die Container bereits im Inland anliefern und abholen zu lassen."

Geplant sei, an allen Standorten sämtliche EUROGATE-Dienstleistungen rund um den Container, wie zum Beispiel Vollcontainer-Lager und Leercontainer-Depot, Container-Reparatur- und Wartungs-Services oder Verkauf und Vermietung von Containern anzubieten. EUROGATE habe bereits Verträge mit Partnern u.a. in Minden, Magdeburg, Dortmund, Gernsheim und Bremen geschlossen. Dieses Konzept biete viele Vorteile, z.B. dass die "Inlandterminals Konsolidierungspunkte für Hinterlandverkehre (werden). Zum anderen können wir die Lagerzeiten von Containern auf den Seeterminals signifikant reduzieren".

Nicht angesprochen wurde von Eurogate allerdings, dass den Seehäfen dadurch wertschöpfende bzw. arbeitsintensive Tätigkeiten verloren gehen - oder im JadeWeserPort erst gar nicht entstehen werden. (jm)

Mit dem Kopf unterm Arm vor Gericht?

Ein Voslapper Bürger hat ein Eilverfahren zwecks Normenkontrolle beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG) gegen die Stadt Wilhelmshaven angestrengt. Er wohnt in einem als reines Wohngebiet eingestuften Teil Voslapps, in dem die Lärmgrenzwerte jetzt schon überschritten werden. Er wirft der Stadt vor, ihre städtebauliche Planung durch die Summierung von Gewerbe- und Verkehrs lärm nicht bewältigt zu haben und ihn dadurch zu schädigen. Der vom Rat der Stadt Wilhelmshaven verabschiedete Bebauungsplan Rüstersieler Groden Nord, in dessen Folge weiterer Lärm durch zusätzliche Hafen- und Kraftwerksbetriebe, Massenschüttgutlager und Verkehrstrassen erzeugt würde, sei daher fehlerhaft.

Die Stadt Wilhelmshaven vertritt dagegen die Ansicht, dass die summierende Betrachtung sämtlicher Lärmquellen hier rechtlich nicht geboten ist. Weiter trägt die Stadt dem OVG vor: "Eine Betrachtung der aus unterschiedlichen Lärmquellen entstehenden Gesamtbela lastung ist lediglich dann geboten, wenn diese den Grad erreicht, ab dem eine Gesundheitsgefährdung zu befürchten ist."

Und die Stadt fühlt sich in ihrer Rechtsauffassung darüber hinaus durch den Beschluss des Verwaltungsgerichts Oldenburg vom 09.05.2001 (Fall Korallenring) bestärkt.

Auszug:

"Ist der Standort schon durch Belästigungen in einer bestimmten Weise vorgeprägt, so vermindern sich entsprechend die Anforderungen des Rücksichtnahmegerichts. Im Umfang der Vorbelastung sind Immissionen zumutbar, auch wenn sie sonst in einem vergleichbaren Gebiet nicht zumutbar wären."

Wenn die Stadt sich mit dieser Rechtsauslegung beim OVG durchsetzen sollte, dann sollten fortan die Gerichtsverhandlungen nur noch auf der Intensivstation durchgeführt werden. (jm)

Hitzefrei!

Knapp zwei Jahre ist es her, dass aus dem City-Haus das "Ratrium" wurde. Monatelang waren die dort untergebrachten städtischen Dienststellen ausgelagert gewesen, damit das Haus entkernt und grundsaniert werden konnte. Es ging um Asbest in den Wänden, aber auch um unangenehme Gerüche, die auf geheimnisvollen Wegen aus dem im Erdgeschoss gelegenen Lebensmittelmarkt in die Dienststuben gelangten.

Von außen sieht das Ratrium bei einem flüchtigen Blick immer noch so aus, als würde daran gebaut. Und das wird wohl auch bald wieder der Fall sein müssen. Es hat sich nämlich in den vergangenen heißen Tagen herausgestellt, dass bei der Sanierung die Isolierung gegen Sommerhitze höchst mangelhaft vorgenommen wurde. "Ich möchte die Verwaltung hiermit in Kenntnis setzen, dass ich mich ab sofort aus gesundheitlichen Gründen weniger, in einem Raum zu arbeiten, der ein unzumutbar warmes Raumklima hat", steht in einer von zahlreichen Beschwerden an die Stadtverwaltung.

Die KundInnen der Stadtverwaltung, die im Ratrium etwas zu erledigen haben, müssen die Hitze im Wartebereich nur einige Minuten bis höchstens ein, zwei Stunden ertragen. Die städtischen MitarbeiterInnen müssen ganze Arbeitstage aushalten. "Neben starker Konzentrationsschwäche treten regelmäßig Kreislaufbeschwerden begleitet von Übelkeit und Kopfschmerzen auf", steht in einer weiteren Beschwerde an die Verwaltung.

Vor der Sanierung hatte das Gebäude einem privaten Unternehmen gehört. Dann hat die (städtische) Sparkasse, die im Erdgeschoss eine Filiale unterhält, es erworben und die oberen Stockwerke an die Stadt vermietet. Da die Mietsache, wie sich nun herausstellt, erhebliche Mängel aufweist, hat die Stadt schon die Miete, die sie ihrer Tochter, der Sparkasse, zahlen muss, gemindert. Doch wie ein weiterer Beschwerdeführer schreibt, ist den Beschäftigten mit einer Mietkürzung nicht geholfen. Und so fordert der Personalrat die Einstellung des Dienstbetriebs in den betreffenden Räumlichkeiten.(noa)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
 26382 Wilhelmshaven
 Tel.: 04421 / 99 49 90
 Fax: 0180-5060 3441 9546
 eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Imke Zwoch;

Druck: Papidis; Auflage: 4.400 Exemplare
 Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
 Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
 jeweils zum Monatsbeginn

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 07.07.2008

www.gegenwind-whv.de

 Wir bedanken uns bei den vielen Unenannten,
 die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder
 durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe
 beigetragen haben. Besonders bedanken wir uns
 diesmal wieder Jochen Martin

Zurück nach vorgestern!

Von Fehlplanungen, falschen Verheißen und noch viel mehr am seeschifftiefen Wasser

(jm) "Sehr geehrte Damen und Herren,
die Firma E.ON Kraftwerke GmbH plant die Erweiterung des derzeit in Wilhelmshaven betriebenen Kohlekraftwerks durch die Errichtung und den Betrieb eines zweiten Kraftwerksblocks mit einer zusätzlichen Feuerungswärmeleistung von ca. 1.000 MW."

So stand es in der Einladung des Gewerbeaufsichtsamtes Oldenburg zu einem Scoping-Termin am vergangenen 18. Juni zur Klärung des Umfanges der vom Antragsteller beizubringenden Antragsunterlagen.

Irritierend dabei war, dass E.ON vorher immer von dem Zubau eines 500 MW-Kraftwerks sprach. Aufklärung brachte der später nachgereichte Vorschlag bezüglich der beizubringenden Unterlagen:

Bei den angegebenen 500 MW handelt es sich um die reine elektrische Leistung ohne Energieverluste. Die andere Hälfte der Feuerungswärmeleistung geht in die Jade, wie von der Gewerbeaufsicht beim Scoping bestätigt wurde.

Das war eine echte Überraschung: Hatte man in der Öffentlichkeit nicht vorgegaukelt, dass ein Kühlwasseraustausch mit dem vor der Genehmigung stehenden Flüssiggas-Terminal der Schwesterfirma E.ON-Ruhrgas geplant sei?

Auf der Scoping-Sitzung kam dann so nach und nach heraus, dass daran überhaupt nicht gedacht wird. Stattdessen soll für die Kühlwasserentnahme und -rückgabe eine ca. 1.000 Meter lange Rohrleitung vor dem Rüstersieler Deich in die Jade verlegt werden. Doch die Kühlwasserentnahme werde nicht in diesem, sondern in einem Planfeststellungsverfahren zum JadeWeserPort (JWP) abzuarbeiten sein.

Die Vorhaltung des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen (LBU), dass die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest (WSD) ja bereits einen Planfeststellungsbeschluss für den JWP erteilt habe und noch nicht einmal ein Änderungsantrag vorliege, wurde mit den Worten kleingeredet, dass - wenn auch in verschiedenen Verfahren – doch alles behandelt werde.

Weiter merkte der LBU dazu an, die WSD hätte zur Verhinderung eines durch den JWP verursachten Kühlwasser-Kurzschlusses bereits eine Strömungsprallwand zwischen der Kühlwassereinleitung und -entnahme des bestehenden Kraftwerks genehmigt, und diese werde ja auch schon eingerammt. Auch das konnte die Gewerbeaufsicht nicht in Verlegenheit bringen: Dieses Bauwerk sei nur eine Übergangslösung (!)

Der niedersächsische Steuerzahler, der sowohl die vorübergehende Prallwand als auch einen Großteil (wenn nicht komplett) des neuen Kühlwasseraustauschs für beide E.ON-Kraftwerke berappen muss, dürfte von dieser Geldverschwendug frühestens in einigen Jahren durch einen Jahresbericht des Landesrechnungshofs erfahren. Aber das wäre ja nicht das erste Mal, dass der Rechnungshof das Land wegen Verschwendug von Steuergeldern in Wilhelmshaven gerügt hat: So hat das Land Anfang der neunziger Jahre 12 Mio. DM in ein Massengutlager gesteckt, das nie genutzt wurde. (WZ, 30.05.

1998) Jetzt soll auf der Lagerfläche das Elektro-Kraftwerk gebaut werden, und es muss ein Ersatzlager – vermutlich wieder auf Kosten des Steuerzahlers - angelegt werden.

Ganz abgesehen von dieser Verschwendungssucht: Nun muss die DFTG wohl doch einen noch nicht beantragten Kühlwasseraustausch in die Jade bauen, um das importierte auf -160NC heruntergekühlte Flüssiggas mit Jadewasser zu erwärmen, bevor es regasifiziert in das deutsche Gasleitungsnetz eingespeist werden kann.

Dabei hatte die DFTG in ihre Antragsunterlagen hineingeschrieben, dass "...die für den Verdampfungsvorgang benötigte Wärme hauptsächlich vom E.ON-Kraftwerk geliefert (wird), welches sich etwa 10 km südlich befindet. Dies geschieht über eine mit einem Wärmeträgermedium beaufschlagte Ringleitung." (aus Kurzbeschreibung des DFTG-Vorhabens vom 26.11.07)

Zusätzlich muss jetzt doch - wie schon vor 30 Jahren (!) vorgesehen - auf dem Gas-Terminal ein Heizwerk (Tauchflammdampfer) vorgehalten werden:

"Eine Optimierung führte zu der Einplanung eines kombinierten Verdampferbetriebes. Im Sommer empfiehlt es sich, die Wärme des Meerwassers in relativ kapitalintensiven, aber hinsichtlich der Betriebskosten günstigen Meerwasserverdampfern zu nutzen. Im Winter werden die betriebsmäßig sehr teuren Tauchflammdampfer eingesetzt. Im Frühjahr und Herbst ist ein Mischbetrieb vorgesehen." (aus der Projektbeschreibung des LNG-Terminals in Wilhelmshaven vom Mai 1978 – Bauherr DFTG).

Dazu ist anzumerken, dass die Betriebskosten der Tauchflammdampfer durch die Gaspreisexplosion im Vergleich zu 1978 exorbitant gestiegen sind.

Aber diese ihr wohlbekannten Fakten versucht die Gewerbeaufsicht folgendermaßen zu umgehen:

Man sei ja auch verpflichtet, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens Ermittlungen über die Möglichkeiten der Kraft-/Wärmekopplung der beantragten Kraftwerke mit der Industrie durchzuführen. Da sowohl die WRG als auch die INEOS Prozesswärme für ihre Produktion benötigten, habe man mit diesen Firmen Gespräche aufgenommen.

Weshalb das zwischen E.ON-Kraftwerke und E.ON-Ruhrgas rückgängig gemacht wurde, darüber hat sie beim Scoping allerdings kein Wort verloren. So wird es wohl auch dabei bleiben, dass die Gewerbeaufsicht pflichtgemäß Gespräche durchführt und das war's denn auch.

Und was gab's sonst noch auf dem Scoping-Termin?

Es wurden Forderungen nach vermehrten Messstationen von Schadstoffen und Lärm sowie Boden- und Wasserbeprobungen, die Erstellung diverser Gutachten zu den Schutz-

gütern Mensch und Umwelt usw. usf. erhoben, wozu ein Vertreter der Stadt Wilhelmshaven bemerkte, dass man schon viele diesbezügliche Gutachten im Rahmen der Flächennutzungs- und Bebauungspläne für den Rüstersieler Groden erstellt habe, die man ja nicht ein zweites Mal durchführen brauche. (Hoffentlich lässt sich die Stadt ihre Gutachten wenigstens teuer bezahlen.).

Ach ja – im Laufe des Scopings wurde noch bekannt, dass das Kraftwerk die Genehmigung für die Verbrennung von Petrokoks hat und dafür ein großes Zwischenlager unterhält. Zudem darf sie auch Klärschlamm verbrennen.

Und dann hat die Gewerbeaufsicht auch noch bestätigt, dass noch immer kein Antrag auf den Bau eines neuen Massengutlagers (s.o.) gestellt wurde. Ungeachtet dessen wurde das wertvolle Wald- und Feuchtgebiet, in dem viele bedrohte Pflanzen- und Tierarten heimisch waren, bereits im letzten Frühjahr – wenige Tage vor Beginn der Vegetationsperiode – mit gesetzlich fragwürdiger Genehmigung durch die Stadt Wilhelmshaven abgeholt und planiert. □

Baumaßnahmen ohne Schallschutzwand

Seit einigen Wochen finden im nordöstlichen Teil des Naturschutzgebietes Voslapper Groden Süd erhebliche Erdarbeiten statt. In diesem Bereich soll die zukünftige Gleisanlage des JadeWeserPorts (JWP) verlaufen. Dagegen hat eine Privatperson Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG) eingelegt. Sie beruft sich dabei auf das OVG-Urteil vom 15.03.08, in dem "die Pflicht zur unbedingten Errichtung der Schallschutzwand vor Herstellung der Gleisanlage und Aufnahme des Gleisbetriebs" angeordnet wurde. Die ursprünglich von der JWP-Realisierungsgesellschaft beantragte Schallschutzwand soll bekanntlich dem Schutz bedrohter Tierarten wie der Rohrdomme dienen.

Der Beschwerdeführer weist das OVG zudem auf einen weiteren Tatbestand hin, nämlich dass die zum jetzigen Zeitpunkt durchgeführte Baumaßnahme dem naturschutzrechtlichen Gebot zuwiderlaufe, Eingriffe in den Naturhaushalt in vermeidbaren Grenzen zu halten:

Bei Einhaltung der Vorgaben aus dem Urteil könne man diese Arbeiten - bedingt durch die Laufzeit einer europaweiten Ausschreibung für die Errichtung der Lärmschutzwand - sicherlich erst im Herbst - also nach der Brutzeit - durchführen. Dann könnten die Bauarbeiten zur Erstellung dieser Lärmschutzwand in einem Zeitraum (Herbst/Winter) erfolgen, in dem relativ geringe negative Auswirkungen auf das Vogelschutzgebiet Voslapper Groden zu erwarten seien. (jm)



Techno-Spielplatz statt Geniusstrand

"Infobox" zum JadeWeserPort ist eröffnet

(iz) Wo Kinder noch letztes Jahr in freier Natur im Sand herumtollen, buddeln und schwimmen durften, befindet sich jetzt eine große Hafenbaustelle. Dafür können kleine und große Kinder ihren Spieltrieb in einem virtuellen Containerhafen unter Dach mit Trackball und Joystick ausleben. Unterhaltungswert besitzt die interaktive Ausstellung allemal. Doch ist es korrekt, für diese Werbeschau der Hafenlobby auch noch Eintritt zu erheben?

In nur fünf Monaten wurde die "Infobox" zum JadeWeserPort (JWP) am Geniusdeich mit Blick auf die Baustelle hochgezogen. Die Erlebnisausstellung umfasst sechs Themenräume: Reisfeld, Hafen, auf See, Baustelle, Logistik, Küche. Roter Faden ist der Weg eines Reiskorns, das per Container und dazugehörige Transportketten aus Asien bis in unseren Haushalt gelangt. Hauptattraktion ist mit Sicherheit der Schiffssimulator, mit dem die Besucher ein Containerschiff von der offenen See bis zur Kaje des JadeWeserPorts navigieren können.

Gesellschafter des Projekts sind das Land Niedersachsen, die Stadt Wilhelmshaven und die Landkreise Friesland, Wittmund und Wesermarsch. Insgesamt wurden 1,2 Mio Euro investiert, davon 400.000 Euro für die eigentliche Ausstellung. Der Betrieb wurde mit der Eröffnung der Wilhelmshavener Touristik & Freizeit GmbH übertragen.

Das Konzept wurde von Petri & Tiemann (Bremen / Hamburg) entwickelt, einer Beratungsfirma für "Edutainment" (Education = Bildung + Entertainment = Unterhaltung), die u. a. auch Projekte wie das "Universum" in Bremen und das Klimahaus in Bremerhaven begleitet haben. Carlo Petri ist auch Fachmann für die Präsentation von Unternehmen in solchen Erlebniseinrichtungen: "Besucher von Science-Centern befinden sich in einer entspannten und aufnahmebereiten Freizeitstimmung. Da können sich Unternehmen, die eine inhaltliche Nähe zum Thema vorweisen, in einem emotionalen Umfeld glaubwürdig und kompetent präsentieren," verriet er im Gespräch mit der Fachzeitschrift "Werben

und Verkaufen" (14/2008). Im dazugehörigen Artikel wird als Beispiel das Energieunternehmen EnWB genannt, das derzeit im "Phaeno Wolfsburg" eine Blitzmaschine installiert hat: "Schließlich sollen noch mehr Menschen EnWB mit aufregenden Erlebnissen statt mit steigenden Strompreisen assoziieren."

In der Infobox sollen Besucher den JWP mit Fortschritt und Versorgungssicherheit assoziieren. Vergebens sucht man einen Themenraum "Natur und Umwelt", in dem Besucher ökologische Folgen der Baggerarbeiten oder hydraulische Auswirkungen des Bauwerks auf das Ökosystem im Jadebusen erforschen könnten. Das war auch nicht Zielsetzung der Betreiber und damit nicht Aufgabe der Ausstellungsmacher, gibt jedoch Anlass zur Kritik an den Eintrittspreisen: Stehen nun Information und Bildung im Vordergrund, oder aber einseitige Propaganda der Hafenlobby, die den Empfängern ihrer Werbebotschaft auch noch Geld abverlangt?

"Wir wollen Bürger und Touristen der Region beim JadeWeserPort mitnehmen!", hatte Joachim Werren, Staatssekretär im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium und Vorsitzender des Aufsichtsrates der JWP Realisierungsgesellschaft, bei der Grundsteinlegung verkündet. "Den Bürgern Wilhelmshavens und der Region soll die Möglichkeit geben werden, sich über den Bau und den späteren Betrieb des Hafens sowie weltweite Containerverkehre zu informieren", so die Betreiber. Darf dieses Recht auf Information daran gekoppelt werden, dass sich jemand den Eintritt leisten kann?

Vom reinen Unterhaltungswert mögen die



Kindgerechte Exponate in der Infobox: OB Menzel beim Beladen eines Containerschiffs

- Foto: Zwoch

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenie-Therapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

4 Euro Eintritt für Erwachsene wohl gerechtfertigt sein. Positiv ist zu vermerken, dass neben den rein computerbasierten Exponaten auch mechanisches "Spielzeug" aus Holz vertreten ist: Eine "Schiffsschaukel", auf der sich die Bewegung eines Schiffsrumpfes erfüllen lässt, das "Hüteraten" mit beweglichen Holzklappen, eine Magnetwand, an der sich hölzerne Elemente zu einem logistischen Transportstrang kombinieren lassen und nicht zuletzt ein Frachtraum, in dem es hölzerne Container-Baukästen effizient zu stapeln gilt – da erwachte bei der feierlichen Eröffnung der Infobox in manchem Schlipsträger wieder das Kind im Manne. Vermutlich werden diese einfachen Elemente, die viele Sinne ansprechen, im Dauerbetrieb haltbarer sein als die High-Tech-Elektronik, die von neugieriger Kinderhand erfahrungsgemäß intensiv und nicht selten zweckfremd getestet wird.

Erfrischend schlicht kommt auch eine sehr elementare Information zum Hafenbau daher: Mit Blick durch das Panoramafenster kann man sich durch Blättern in einem Ordner mit einlaminierten Karten die verschiedenen Bauabschnitte vor Augen halten. Insgesamt wirkt die Ausstellung sehr kind- bzw. familienorientiert. So sind auch die kurzen Texte in einfacher Sprache gehalten. Auch die räumliche Gesamtgestaltung mit Gliederung durch "Spundwände" ist durchaus gelungen (Atelier Marco Unterhaslberger, in Kooperation mit Tischlerei Papcke, Wilhelmshaven).

In einer "pre-opening"-Phase konnten Besucher die Ausstellung bereits vor der offiziellen Eröffnung testen. Infobox-Geschäftsführer Jens Briese berichtete von positiven Rückmeldungen, auch wenn "kritische Stimmen unvermeidbar" seien. Unsere Kritik kennen Sie jetzt – wenn Sie Lust auf spielerische Unterhaltung ohne großen Anspruch, etwa eine Stunde Zeit und dazu vier Euro in der Tasche haben, gucken Sie sich die Infobox ruhig von innen an und bilden sich Ihre Meinung. □



Edle Spenden oder trojanische Pferde?

Wie e.on & Co. sich Sympathien erkaufen

(iz) Der Energieriese e.on ist sehr bemüht um die Sympathie der örtlichen Bevölkerung am Standort seiner Kraftwerke. Dabei setzt der Konzern zum einen auf die Schiene des Dialogs, zum anderen auf die Kraft des Sponsorings.

Kenne deine Feinde

Schon im Vorfeld der Anträge für ein weiteres Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven wurden mit Hilfe einer Kommunikations-Agentur mögliche Kritiker ausfindig gemacht und freundlich-offensiv zum Gespräch eingeladen. Mitte Februar 2008 erhielt zum Beispiel der BUND Wilhelmshaven per Mail folgende Einladung: "Sehr geehrter Herr ...gerne kommen wir auf Sie als Vertreter des BUND zurück, um ein Gespräch mit Ihnen bezüglich des Dialogs zum KKW in Wilhelmshaven zu führen. Wenn es Ihnen Recht ist, würden wir Sie gerne am 18.2. abends um 17:30 in Wilhelmshaven treffen. Wenn möglich, kämen wir gerne zu Ihnen in die Geschäftsstelle des BUND. Es wäre sehr hilfreich, wenn Sie mir zur Absprache der Details möglichst noch heute Ihre Telefonnummer zukommen lassen könnten ...". Das Treffen kam nicht zustande, was aber nicht daran lag, dass der BUND sich keine eigene Geschäftsstelle in Wilhelmshaven leisten kann. Bei guter Kooperation würde e.on diese ja vielleicht finanzieren ..."

Voll da.neben

Zum Dialog gehört auch eine Zeitung aus dem Hause e.on mit dem Titel "neben.an", die mehr oder weniger regelmäßig unaufgefordert unsere Postkästen verstopft. Auf einem Titel sind glückliche Schafe auf einem grünen Deich neben einem blitzsauberen Kraftwerk zu sehen. E.on berichtet darin unter anderem über sein Engagement in (defizitären) sozialen Einrichtungen.

Unlängst wurden SchülerInnen der BBS von e.on zu einem Planspiel eingeladen, in dem sie sich als Wirtschaftsbosse ausprobieren durften. Die SchülerInnen zeigten sich immerhin, trotz der edlen Spende einer spannenden Unterrichtseinheit, als kritikfähig: Die Konzernvertreter bekamen ordentlich "Gegenwind", die jungen Leute sehen sehr wohl die ökologische und gesundheitliche Problematik von Kohlekraftwerken.

Eine langfristige Kooperation besteht zwischen e.on und der Wilhelmshavener Kinderhilfe. Im letzten Jahr wurden 15.000 Euro für

ein "Frühchentreff" übergeben, jetzt legt e.on 20.000 Euro auf den Tisch, um den Dünenspielgarten am Banter See für den integrativen Kindergarten nutzbar zu machen. Dieser einzigartige außerschulische Lernort wurde im Jahr 2000 von der Arbeitsplatzinitiative für Frauen (API) ins Leben gerufen, lag seit deren Konkurs aber brach.

Die hiesigen Sponsoringprojekte des Konzerns sind Teil einer bundes- und europaweiten Kampagne, die vor allem auf Kinder bzw. Bildungseinrichtungen abzielt. Am Standort des umstrittenen Kraftwerkprojekts Staudinger (bei Mainz) wollte e.on einer Schule 10.000 € für eine Bibliothek schenken, eine andere Schule hatte bereits abgelehnt.

Seit 2007 steht e.on im Dialog mit dem deutschen Dachverband der Natur- und Umweltbildungseinrichtungen (ANU). Das Gebot steht bei 20 Mio Euro (manche

Quellen sprechen von bis zu 27 Mio). Über eine Laufzeit von 5 Jahren sollen ein frühpädagogisches Konzept "zum bewussten Umgang mit Energie" entwickelt werden, 4000 Kindergärten sollen damit erreicht und Tausende ErzieherInnen fortgebildet werden. "Leuchtturmprojekt Deutschland" nennt e.on diese Kampagne: "Auch kleine Kinder erlernen durch anschauliche, spielerische Beispiele bereits den Zusammenhang von Energie, Umwelt und ihrem Alltag. Mit dem deutschen Leuchtturmprojekt des Programms "Energie für Kinder" wollen wir deshalb speziell Vorschulkinder im Alter von drei bis sechs Jahren frühzeitig für den bewussten und verantwortlichen Umgang mit Energie sensibilisieren. Unter pädagogischer Verantwortung von führenden Experten für Umweltbildung wird hierzu aktuell ein innovatives Bildungsprojekt aufgesetzt, das neue Impulse im frühkindlichen Bildungsbereich setzen soll und das wir in Kürze der Öffentlichkeit vorstellen."

Trojanische Pferde?

e.on verkauft diese Aktivitäten unter "corporate responsibility": "Verantwortungsvolles, unternehmerisches Handeln (Corporate Responsibility CR) heißt für uns, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu agieren, denn als großes Unternehmen haben wir eine Verpflichtung gegenüber den Menschen und der Umwelt." Was gibt es daran zu kritisieren? Für einen Sprecher der Gegner des Staudinger Kraftwerks sind die finanziellen umweltpädagogischen Konzernaktivitäten "Danaergeschchenke und trojanische Pferde" und "nur Teil einer ganzen Kampagne, die parallel von RWE, EON, Vattenfall, EnBW aufgezogen wird und v. a. Schulen und örtliche Gruppen im Zielpunkt hat. Es geht um die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und die Vorberei-

tung der Bundestagswahl!"

Eon: "Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen in unserer Welt verändern sich. Das hat insbesondere auf die Energiebranche gravierende Auswirkungen. Sie wird in den nächsten Jahren einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen. Dieser Herausforderung stellen wir uns und gestalten den Wandel aktiv mit."

In der Tat. Offiziell soll e.on bei solchen Kooperationen keine aktive Werbung für sich betreiben. Tatsächlich sind aber geschulte e.on-Mitarbeiter mit im Boot – bzw. im Bus: "Ein besonders spannendes Schulfach erwartet die Kinder, wenn das Energie-Mobil auf den Schulhof fährt. Die Schüler der dritten und vierten Klassen in Bayern dürfen sich dann auf eine Unterrichtsstunde der besonderen Art freuen: Seit 2007 ist ein geschultes Team von E.ON Bayern-Mitarbeitern auf der "EnergieSparTour für Kinder" und lädt die Schüler zu einer 45-minütigen Unterrichtseinheit in den Bus ein ... 2007 haben bereits 40 Grundschulen Besuch vom Energie-Mobil bekommen, 2008 sollen es 80 werden."

e.on nutzt das finanziell marode Bildungs- und Sozialsystem, um die gähnenden Löcher mit eigenen Inhalten zu stopfen. Bemerkenswert ist, dass e.on offensichtlich so prächtige

Gewinne einfährt, dass 20 Mio Euro für solche Projekte kein Thema sind. Finanziert werden diese Kampagnen letztlich durch die Verbraucher, denen gerade in letzter Zeit immer wieder steigende Strom- und Gaspreise aufgebürdet werden – angeblich wegen steigender Erzeugungs- und Bereitstellungskosten. Auch Kommunen werden dadurch geschröpft, ihnen fehlt Geld für Schulen und Kindergärten, das die Energieversorger dann zuschießen. Durch die Hintertür werden so schon die Altkleinsten auf Konzernkurs gebracht und in der Öffentlichkeit erhalten e.on & Co. das Image "vom Retter in der Not". In Wirklichkeit wird nur das Geld der Verbraucher werbewirksam zugunsten des Konzerns umgeschichtet. □



Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
VPV-Geschäftsstelle * Tel.: 04421/774543



VERSICHERUNGSGRUPPE

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten,
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

Kurs Zukunft!?

Die Südzentrale trägt einen Geist in sich, der stärker als alle Willkür ist.

(hk) Es scheint sich ja das Gerücht zu bewahrheiten, dass es um die Zukunft der Südzentrale so schlecht gar nicht aussieht. Nach bisher noch nicht offiziell bestätigten Angaben will der Kraftwerksbetreiber e.on das Gebäude erstehen und einer neuen Nutzung zuführen.

Ob allerdings die Aussage stimmt, dass ein hoher städtischer Beamter gesagt hat, "wenn die schon keine Steuern zahlen, können die wenigstens die Südzentrale kaufen", wird wohl auch weiterhin mit einigen Fragezeichen versehen bleiben.

Das "Forum Wilhelmshaven - Erhaltet die Südzentrale" setzt sich seit mehreren Jahren für den Erhalt der Südzentrale ein und fällt mit fachlich versierten Aktionen und Informationen immer wieder positiv auf.

In diesem Jahr konnte das Forum die Landesbühne Nord für eine Zusammenarbeit zum bundesweiten Tag der Architektur gewinnen. Regisseur Frank Fuhrmann, bekannt als Theaterpädagoge des Jungen Theaters, inszenierte Texte zur Geschichte des Gebäudes. In einer Bewegungsperformance verarbeitete das Junge Theater Texte, Klänge, Musik und Spiel in einer Freiluft-Aufführung vor dem ehemaligen Kraftwerk.

Die Texte stammen aus der Diplomarbeit (*Begegnungen mit Geschichte, neuem Leben und unvergänglichem Wert*) von Corinna Nickel (geb. Janssen), aus Zeitungsberichten (z.B. aus dem Gegenwind) und aus Veröffentlichungen zur Architektur. Wir versuchen im Folgenden, die unserer Meinung nach aussagekräftigsten Passagen des 45-Minuten-Stückes zu dokumentieren. Um die Textpassagen nicht zu verwirrend wirken zu lassen, veröffentlichen wir sie ohne Zuordnung zu Personen (Reporterin, Arbeiter, Politiker, Architekt ...).

Wie ein verwunschenes Schloss liegt die Südzentrale direkt am Hafen von Wilhelmshaven. Versteckt hinter Büschen und Sträuchern ist hier ein wahrer architektonischer Schatz zu finden, dessen Geschichte selbst sehr wichtig ist für die Stadt Wilhelmshaven. Noch immer ragt ihr zwanzig Meter hoher Giebel über alles Strauchwerk hinweg und versucht weiter, Aufmerksamkeit zu erregen. Was der Südzentrale auch gelingt, denn verstecken lässt sich dieses Überbleibsel der Kaiserlichen Marine nur schlecht.

Architektur ist die einzige Kunst, die jeder wahrnehmen oder ertragen muss – wir bewegen uns alle in geschlossenen Räumen zwischen Gebäuden; es kommt deshalb auf den Millimeter an bei dem, was ein Architekt zeichnet.

Mehr als 50 mal hat der Kaiser seine Stadt besucht. Er liebte diese in seinem Sinn entstehende Stadt. Das am Reißbrett in Berlin von Architekten der Schinkelschule entwickelte Wilhelmshaven wurde in Preußen "Schlichttown" genannt.

1856 – 1869 galt das preußische Marineestablishement Wilhelmshaven mit seinem Hafenbau als größte Baustelle Europas. Technische Neuerungen wurden eingesetzt. Hier fand quasi eine späte industrielle Revolution statt. Gerade in der Bauplanung der Industrie wurden immer modernere und schlichtere Bauten bevorzugt. Als deren repräsentatives Meisterstück ist das Ensemble von Kaiser-Wilhelm-Brücke und Südzentrale zu sehen. Im August 2003 wurde der Abbruch der Südzentrale genehmigt.

Das schöne Werk ist wahrer als der Künstler. Die Südzentrale hat zwei Weltkriege unbeschadet überstanden, was alleine wie ein Wunder erscheint. Denn tägliche Bombenangriffe demonstrierten die Funktion dieser Stadt in der deutschen Kriegsmaschinerie. Die Demontage nach dem Zweiten Weltkrieg wurde verhindert. Es blieb ein Kraftwerk, das zugleich Zeitzeuge einer Vergangenheit ist.



Die Organisatoren: Corinna Nickel, Bettina Brosowsky und Frank Fuhrmann

Nichts gedeiht ohne Pflege, und die vortrefflichsten Dinge verlieren durch unzweckmäßige Behandlung ihren Wert. Wer an Architektur denkt, versteht darunter zunächst immer die Bauglieder, die Fassaden, die Säulen, die Ornamente, und doch kommt das alles nur in zweiter Linie. Das Wirksamste ist nicht die Form, sondern ihre Umkehrung, der Raum, das Leere, das sich rhythmisch zwischen den Mauern ausbreitet, von ihnen begrenzt wird, aber dessen Lebendigkeit wichtiger ist als die Mauern.

Die Südzentrale verkörpert wie kein anderes Bauwerk in Wilhelmshaven die große, aber oftmals zwiespältige Vergangenheit dieser Stadt. Abriss oder Neunutzung werden darüber entscheiden, wie Wilhelmshaven mit sich selbst und der Vergangenheit umgeht, und damit auch, wie zukunftsfähig diese Stadt ist.

Die Südzentrale würde uns so viel erzählen können von dem, was sie in den letzten 95 Jahren erlebt hat.

Die vielen schweren Turbinen, die sicher auf den massiven Betonfundamenten der Maschinenhalle stehen mussten und die Tag und Nacht ununterbrochen mit viel Lärm und viel Bewegung Energie freisetzen.

Die vielen Tonnen von Kohle, die nötig waren, um die Kesselanlagen zu speisen, damit diese Energie überhaupt umgesetzt werden konnte.

Die Bauingenieure, die voller Stolz die Maschinenhalle, das Herzstück der Anlage, sicher nicht nur aufgrund der statischen Aufladung mit Filzpantoffeln betreten.

Die vielen Schichtarbeiter, die täglich mit dem Fahrrad zu ihrer Arbeit im Kraftwerk fuhren, ihr Vehikel im "Fahrradkeller" abstellten und die beharrlich ihrer anstrengenden Arbeit nachgingen...

Bis Ende des Jahres 1993 wurde im Kesselhaus noch Heizwärme hergestellt.

Jeder, der sich nur einmal in die Hallen der Südzentrale wagte, ist fasziniert von der Gewaltigkeit und der Monumentalität der Gebäude. Zu sehen und auch zu spüren, welche Wichtigkeit dieses Kraftwerk gehabt haben muss, entgeht hier niemandem. Auch wenn das Bild vom originalen Erscheinungsbild heute stark durch die vielen auch negativen Einflüsse beeinträchtigt wird, hört man irgendwie noch immer das Rauschen und Rattern der Anlagen, man sieht den großen Laufkran und meint, er würde sich jeden Moment in Bewegung setzen können.

Heute ist es still geworden in dieser Halle, im Kesselhaus und in den anderen Gebäudeteilen. Hier rauscht nur noch der Wind durch das marode Dach und beschert damit eine ganz neue Atmosphäre. Der Zahn der Zeit nagt eindeutig an diesem so massiven Gebäude. Hier fehlt die Nutzung, die dieses Gebäude so dringend benötigt, um zu überleben.

Die Südzentrale trägt einen Geist in sich, der stärker als alle Willkür ist.

Sie will nicht gehen, sie stellt heute vermutlich genau diesen Stolz da, der es ihr verbietet, einfach zu sterben. Dafür war sie immer zu wichtig für die Stadt und für die Werft.

Wir bewundern staunend die Städte der Vergangenheit: Babylon, Theben, Athen, Rom, Bagdad; sie alle liegen in Trümmern und keine noch so geschäftig starke Fantasie vermag sie wieder aufzubauen. Aber unsere Städte leben, sie umgeben uns mit der ganzen Macht der Gegenwart, des Daseins, des Heuteseins. Und gegen ihre bunte Unendlichkeit ist alle Überlieferung, sind auch die kostbarsten Trümmer tot, gespenstig und arm. Unsere Städte sind uns so unerschöpflich wie das Leben selbst. Sie sind uns Heimat, weil sie täglich in tausend Stimmen zu uns reden, die wir nie vergessen können. Wie wir sie auch immer betrachten mögen, sie geben uns Freude, geben uns Kraft, geben den Boden, ohne den wir nicht leben können.

Ein Problem, das kaum jemand ausspricht, ist, dass von allen Gebäuden, die ge-



empfindliche und poetische Konzeption des Bauens. Die meisten jener Techniker, die Wolkenkratzer bauen, sind nicht in der Lage, eine Tür zu entwerfen, obwohl die Tür eines Gebäudes von immenser Bedeutung ist. Sie verlangt Sorgfalt, denn sie bestimmt Situationen, die die Qualität des gesamten Bauwerks prägen und die mit Ritualen zu tun haben. Was finde ich vor, wenn ich mich einem Gebäude nähre? Wie werde ich empfangen? Wie verlasse ich es wieder?

Ergriffen stehe ich ... in der 60 Meter langen Maschinenhalle. Die andächtige Atmosphäre ergreift Besitz von mir und reißt mich mit sich fort. Ich schließe die Augen. Plötzlich höre ich einen Zug heranfahren, stählerne Reifen, Bremsen quietschen. Ich rieche Kohlenstaub und Schweiß. Dröhrend setzt sich der riesige Laufkran über mir in Bewegung, dessen Führung die ganze Halle überspannt. Umgewandelte Energie fließt in die Marineanlagen und umliegenden Wohnhäuser.

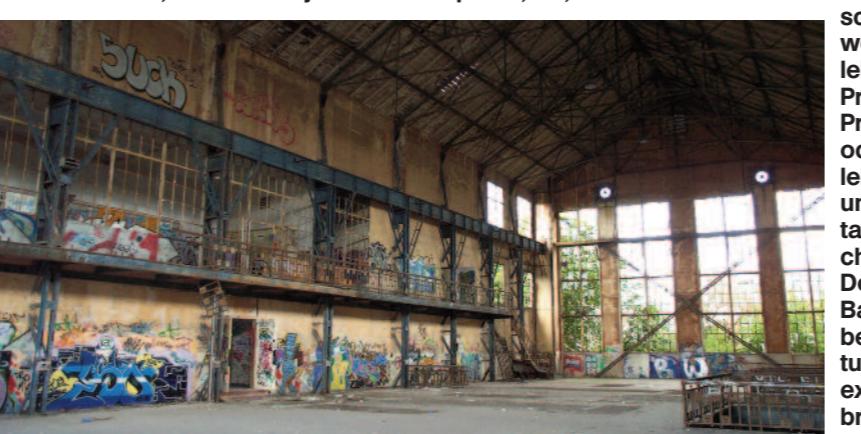
Ich öffne die Augen. Ich bin fast allein in der stillen, kühlen, leeren Halle. Mein Fotograf ist im Irrgarten der Trakte, Treppen und Ebenen untergetaucht, verschlungen vom Sog der Details, die festgehalten werden wollen. Ich schaue mich um. Mächtige Stahlträger wachsen tief aus dem wei-

Störfeuer

aus dem Bauordnungsamt gab es gegen die Veranstaltung zum Tag der Architektur an der Südzentrale.

Die Veranstalter hatten geplant, ihr Projekt direkt auf dem Gelände der Südzentrale durchzuführen. Man nahm also Kontakt zu den Ibbenbürener Eigentümern auf und vereinbarte die entsprechende Nutzung des Geländes, die Haftungsfrage war geklärt, kurz: alles in trockenen Tüchern. Die Veranstalter konnten ihre Infos und Einladungen drucken. In der örtlichen Presse erschienen die ersten Artikel. Nun muss im Bauordnungsamt jemand sitzen, dem das alles überhaupt nicht gefiel. Jedenfalls rief dieser Herr ebenfalls in Ibbenbüren an und attackierte die Südzentralen-Eigentümer. Diese fühlten sich so unter Druck gesetzt und verwehrten in ziemlich barschem Ton den Veranstaltern die Nutzung des Geländes.

Eigentlich schade, denn die Ibbenbürener Eigentümer hätten ein wenig gute Presse sehr gut gebrauchen können. Was nun den Herrn der Stadtverwaltung veranlasst hat, gegen die Veranstaltung zu schießen, weiß wahrscheinlich nicht einmal sein Vorgesetzter, der Stadtbaurat Kotteck. (hk)



schaffen werden, vielleicht ein Prozent, ein Promille oder vielleicht eins unter zehntausend Architektur ist. Der Rest ist Baugewerbe. Architektur ist eine extrem zerbrechliche, □





Aus der Schule geplaudert

Vorwahlkampf: Die CDU macht eine Welle

Ganz begeistert war die Wilhelmshavener CDU von sich selbst: Mitte Juni "stellten Helmut Möhle als Vorsitzender des Schulausschusses und Brigitte Klee (ebenfalls Mitglied im Schulausschuss) sowie Fraktionsvorsitzender Prof. Günter Reuter die Pläne konkret vor." (WZ, 19.07.2008) Die Pläne, damit sind die Ideen der CDU-Fraktion für die Zukunft der weiterführenden Schulen in Wilhelmshaven gemeint.

Mit ihrer Begeisterung hat die CDU-Fraktion die WZ (na ja, jedenfalls WZ-Redakteur Maik Michalski) angesteckt: "Beispiel sollte Schule machen", ist ein Kommentar überschrieben, in dem es u.a. heißt: "Ein leistungsstarkes, modernes Gymnasium, zwei Haupt- und zwei Realschulen, die Berufsbildenden Schulen mittels einer 'Campus'-Lösung eng miteinander verbunden, dazu die IGS am bisherigen Standort: So sieht die Schulentwicklung in Wilhelmshaven aus Sicht der CDU-Fraktion aus. Sie hat ihre Hausaufgaben gemacht..." In jeder Schulkasse gibt es einen Streber, der eine Aufgabe, die in Gruppenarbeit innerhalb von 14 Tagen erledigt werden soll, allein macht und schon nach einer Woche abgibt. Dieser Streber ist überaus unbeliebt und bezieht im schlimmsten Fall sogar Klassenprügel. Oft ist es einer, der nicht einmal merkt, wie er es immer wieder schafft, sich den Hass aller zuzuziehen.

Im Fall des Schulentwicklungsplanes für Wilhelmshaven spielen der Stadtteilrat und die SPD die Rolle der empörten und wütenden Mitschüler. "Einseitige Aufkündigung der bisher guten Gesprächskultur" nennt der Stadtteilrat das eigenmächtige Verhalten der CDU-Fraktion.

Die Aufgabe, über die Zukunft der weiterführenden Schulen zu beraten und zu beschließen, war nämlich eine Gruppenarbeit. In seiner Pressemitteilung vom 21. Juni schreibt der StER: "Es war bisher in der Arbeitsgruppe SEK I verabredet, dass die gemeinsame Arbeitsgruppe der Schulleitungen des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums (KKG) und des Gymnasiums am Mühlenweg (GaM) bis zur nächsten AG-Sitzung am 26. August ihre Ergebnisse hinsichtlich der Raum- und Nutzungsplanung für ein zukünftiges städtisches Gymnasium vorlegen werden. Weiterhin will die städtische Verwaltung im Spätsommer ein Verkehrsgutachten für den evtl. vergrößerten Schulbereich Friedenstr./tom-Brok-Str. vorlegen. Die wirklichen Baukosten der Standorte GaM, KKG oder eines Neubaues sollten nach einem Architektenwettbewerb, angeregt vom Schuldezernenten Dr. Graul, ermittelt und verglichen werden."

Laut WZ vom 24. Juni ist die "SPD brüskiert über CDU-Schulvorstoß". "Die vor Monaten gebildete Arbeitsgruppe aus Mitgliedern aller

Faktionen, Stadtteilrat und Schulleitungen habe die festgelegten Arbeitsaufträge noch nicht erledigt", heißt es da.

Und: "CDU-Vorstoß schlägt auch im Ausschuss Wellen" (WZ, 04.07.2008).

Abgesehen davon, dass es einfach nicht angeht, sich aus einem gemeinsamen Gremium auszuschließen und einsam vorzupreschen, scheint die CDU-Fraktion ihre "Hausaufgaben" aber auch nicht gut gemacht zu haben. Sie hat z.B. als künftigen Standort eines "vereinigten" Gymnasiums das jetzige GaM geplant, bei der Berechnung der Sanierungskosten jedoch einiges weggelassen. "Die bisher genannten Kosten von 9,5 Mio. Euro ... werden nie ausreichen", stellt der StER in seiner o.a. Pressemitteilung fest.

Im nächsten Jahr gibt es Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Bundestag. Zwar ist Schulentwicklungsplanung weder europäische noch bundesdeutsche Aufgabe, doch für den Wahlkampf (der offiziell noch nicht begonnen hat, an den alle Parteien aber natürlich schon denken) ist das egal, und da kann man sich ja schon einmal ein bisschen profilieren. Nachdem Wilhelmshavens CDU für diesen Vorstoß reichlich Haue gekriegt hat, hat sie erst mal noch ein bisschen rumgegiffert: Die Beteiligten in der Arbeitsgruppe erinnern sich nicht an ihre eigenen Entscheidungen, das haben wir doch schon vor drei Jahren gemeinsam ins Auge gefasst..., so wies sie in der WZ vom 25.06.2008 die Kritik an ihrem Vorpreschen zurück. Und im Schulausschuss am 03.07. musste StER-Vorsitzender Bernd Rahlf "sich erst eines Versuchs des Ausschuss-Vorsitzenden Helmut Möhle (CDU) erwehren, ihn auf den Tagesordnungspunkt 'Mitteilungen und Anfragen' wegzudrücken." (WZ, 04.07.2008)

Vielleicht nutzt die Wilhelmshavener CDU die bevorstehende Sommerpause ja dazu, darüber nachzudenken, dass das Thema Bildung und Schulentwicklung ein zu wichtiges Thema ist, um für den Vorwahlkampf benutzt zu werden.

Anette Nowak

*

**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Blackhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik



hartz IV und recht

Kinder haben ein Recht auf Bildung!

(noa) Das laufende Schuljahr geht zu Ende. Die Schülerinnen und Schüler haben schon die Listen der Schulbücher und des sonstigen Schulbedarfs für das kommende Schuljahr; die Eltern der Kinder, die im August eingeschult werden, wissen auch schon, was ihr Nachwuchs zu Beginn der 1. Klasse braucht.

In Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern wird demnächst das Geld noch knapper sein als sowieso schon immer, denn der Regelsatz für Kinder sieht keinen Schulbedarf vor. In den vergangenen Jahren haben betroffene Eltern immer wieder vergeblich versucht, vom Job-Center den Schulbedarf für ihre Kinder ersetzt zu bekommen. Nun tut sich eine neue Chance auf.

Auf www.tacheles-sozialhilfe.de berichtet der Arbeits- und Sozialrechter Erwin Denzler von einem einstimmigen Beschluss des Bundesrates vom 23. Mai 2008. Der Bundesrat forderte geschlossen die Bundesregierung auf, "bis zum Jahresende die Leistungen für Kinder zu überprüfen und dabei insbesondere auch die Kosten für Lernmittel und Mittagessen in der Schule zu berücksichtigen." Bezogen auf die Ausgaben für den Schulbesuch ab dem kommenden Schuljahr wird das Ergebnis dieser Überprüfung natürlich zu spät kommen, und bis dann eine Gesetzesänderung erfolgt, dauert es noch länger. Doch Denzler weiß: "Die Landessozialgerichte in Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen fanden schon unter der jetzt geltenden Rechtslage Wege, wie das Recht auf Bildung auch für Kinder aus armen Familien bezahlbar bleibt. Nicht ganz sicher sind sich allerdings auch die Gerichte, ob die Leistungen für den Schulbedarf von der ARGE oder vom Sozialamt zu bezahlen sind. Wer sich zuerst an das Sozialamt wendet – und zwar noch bevor die Ausgaben anfallen – hat jedenfalls alle notwendigen Fristen eingehalten, auch wenn der Antrag an die ARGE weitergeleitet wird."

Es ist betroffenen Familien also dringend anzuraten, sofort die Kosten des Schulbedarfs für das kommende Schuljahr beim Sozialamt zu beantragen, auf jeden Fall noch bevor sie die Sachen kaufen. Es ist durchaus möglich, dass der Antrag abgelehnt wird und die Betroffenen Widerspruch einlegen und Klage erheben müssen – die Aussichten, vor Gericht dann aber die Schulkosten zugesprochen zu bekommen, sind angesichts bisher erfolgter Rechtsprechung nicht schlecht.

Auf der o.a. Website ist ein Musterantrag veröffentlicht, den wir hier aus Platzgründen nicht abdrucken können. Wer keine Möglichkeit hat, ihn sich aus dem Internet zu holen, darf sich an die Verfasserin dieses Beitrages wenden (04421 – 301920).

Oldenburger Sandkuchen

Alternative Lösung des Sandabbaus wurde vom Gericht verworfen.

(jm) "Das Verwaltungsgericht Oldenburg - 5. Kammer - hat am 19. Juni 2008 die Klage des Landesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen (LBU) gegen den Planfeststellungsbeschluss des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie abgewiesen, durch den dem Land Niedersachsen die Sandgewinnung auf dem Grund der Jade im Zusammenhang mit der Errichtung des Jade-Weser-Ports gestattet wird. Das Verfahren betrifft das Vorhaben, etwa 30 Mio. m³ Sand aus 2 Abbaufeldern östlich von Wilhelmshaven-Voslapp zu gewinnen und Ton aus der ausgebaggerten Fahrinne in ein Abbaufeld einzubauen", heißt es eingangs in einer Mitteilung der Pressestelle des Gerichts.

In der mündlichen Begründung des Urteils heißt es weiter:

"Der vom Vorhabenträger eingereichte Rahmenbetriebsplan enthalte alle für die hier vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlichen Angaben, um die Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt feststellen und beurteilen zu können. Die Alternativenprüfung genüge bergrechtlichen Erfordernissen; zumal der Kläger mit dieser Rüge zu spät komme. Weiterer vom Kläger geforderter Untersuchungen zu den Auswirkungen des Vorhabens auf das Meer und den Meeresgrund bedürfe es nicht. Zwingende rügefähige Versagungsgründe lägen nicht vor. Auf Deichschutz und Küstensicherheit könne sich der Kläger als Naturschutzverband schon formal nicht berufen. Durch die angeordneten Nebenbestimmungen, insbesondere die umfangreiche Beweissicherung und den Vorbehalt etwaiger späterer Schutzmaßnahmen sei zudem gesichert, dass die Auswirkungen auf das Meerwasser und den Meeresgrund nicht über das zur Durchführung des Sandabbaus unvermeidliche Maß hinausgingen."

Erstaunlich ist die Feststellung des Verwaltungsgerichts Oldenburg (VG), dass der LBU mit dem Alternativvorschlag, die versandete Jade-Fahrinne wieder auf die planfestgestellte Sollbreite und -tiefe auszubaggern, statt bis zu 37 Meter tiefe Sandgruben weniger hundert Meter vor dem Voslapper sowie Rüstersieler Außendeich auszubaggern, zu spät komme. Dabei hatte der LBU genau das im Planfeststellungsverfahren vorgeschlagen! Denn die von der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft (JWP-R) vorgelegten und von dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) dann auch genehmigten Alternativen sind im buchstäblichen Sinne sehr weit hergeholt:

- Nutzung von Sandvorkommen im Binnenland
- Nutzung von Brechsanden aus Schottland oder Norwegen
- Nutzung von Waschbergmaterial aus dem Ruhrgebiet
- Auch die vierte von der JWP-R angedachte Alternative, den Baggersand zwischen Jade-Fahrrinne und Außenweser zu gewinnen, ist im Vergleich zum LBU-Vorschlag der Wiederherstellung der Jade-Fahrinne auf Solltiefe und -breite umweltschädlicher und teurer. Der LBU-Vorschlag hat zudem den Vorteil, ein noch größeres Polster für die Verkehrssicherheit insbesondere für die Groß- bzw. Tankschiffahrt auf der Jade zu schaffen.

Übrigens nahmen Hamburg und Bremen ein Vielfaches an Transportstrecken für die

Aufspülung des Mühlenberger Lochs bzw. der Verlängerung des Bremerhavener Container-Terminals (CT IV) in Kauf: Sie holten sich einen Teil des Sandes aus der Jade-Fahrinne (!)

Das Urteil des VG ist daher eine Riesenenttäuschung für die Kläger – zumal das Gericht zu der Beurteilung kommt, dass die angesuchte Alternativenprüfung den bergrechtlichen Erfordernissen genüge. Zu dem im Naturschutzrecht verankerten Vermeidungsgebot von Umweltschäden schweigt das VG sich vorerst aus.

Man kann sich also nur in Geduld üben, bis das Gericht die ausführlichere schriftliche Urteilsbegründung fertig hat.

Überdies beschied das VG den Eilantrag des LBU abschlägig, die angelaufenen JWP-Aufspülmaßnahmen wegen unzureichender Abdämmung zu unterbinden. Der LBU hatte schon im Planfeststellungsverfahren vorgeschlagen, dass der Mengenbedarf an Spülgut verringert werden kann, indem durch vorangestellte Eindämmung des Spülfeldes der Rückfluss von Baumaterial in die Jade vermieden würde.

Das Gericht folgte der Behauptung der JWP-R, dass kein Sandrückfluss in die Jade festzustellen sei und dass man zur Überwachung Kontrollpeilungen vornehmen würde. Dazu ist festzustellen, dass man Trübstoffe bzw. die mit zunehmender Trübstoffdichte steigende Gewässerschädlichkeit nicht mittels Peilungen erfassen kann.

Leider hat der LBU bei der Beteiligung im Planfeststellungsverfahren bezüglich des Naturschutzes einen Punkt vernachlässigt, den die Verwaltungsgerichte auf Grund der EU-Rechtslage sehr ernst nehmen: die durch Baumaßnahmen bedrohten Tier- und Pflanzenarten, die auf der Roten Liste stehen.

Ein besonders geschützter Wattwurm wie der Sandriffbauende Pümpwurm – deshalb auch Sandkoralle genannt – kann da mehr bewirken als alle anderen naturschutzrechtlichen Einwendungen zusammengenommen.

So wird z.B. der Start der Baggerarbeiten nach Einschätzung des Wasser- und Schiffahrtsamtes Hamburg sich um mehr als sechs Monate verzögern, weil "...die Planer zu Anfang unterschätzt (hatten), wie streng mittlerweile deutsche Gerichte die neuen EU-Naturschutzrichtlinien in sogenannten Flora-Fauna-Habitat-Gebieten (FFH-Gebiete) bewerten: Die bereits fertigen Planunterlagen werden daher jetzt noch einmal überarbeitet und müssen dann ein zweites Mal öffentlich ausgelegt werden. Die für Ende 2008 angepeilte Genehmigung und damit der Start der Baggerarbeiten dürfte sich damit erst einmal erübrigen." (Hamburger Abendblatt, 30.06.08)

Die Einwendungen des LBU zu Änderun-

gen der Strömungsverhältnisse durch die Wasserbaumaßnahmen und die dadurch ausgelösten langfristig anhaltenden Umbauprozesse sowohl der Bodenstruktur als auch des Bodenprofils der Jade sowie der angrenzenden Wattengebiete reichten dem VG genauso wenig aus wie dadurch hervorgerufenen schädlichen Einwirkungen auf die Bioproduktivität der Bodentiere und des Planktons und somit der gesamten Nahrungskette. Kurz und bündig heißt es dazu in der Pressemitteilung des VG:

"Der vom Vorhabenträger eingereichte Rahmenbetriebsplan enthalte alle für die hier vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlichen Angaben, um die Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt feststellen und beurteilen zu können."

Nicht einmal die Hoffnung auf Anordnung eines Beweissicherungsverfahrens – wie es z.B. der NWO und der WRG bereits in den Antragsunterlagen bezüglich veränderter Sandeintreibungen an ihren Umschlagbrücken trotz Unbedenklichkeitsprognose zugestanden wurde – hat dieses Gericht erfüllt.

Auch der Klagepunkt, dass der Sandabbau zu nah vor dem Hauptdeich durchgeführt werde und sich dadurch laut Langzeitmodellversuchen des Prof. Zanker – neben Veränderungen der Strömungs- und Tiefenverhältnisse im Hohewegwatt – ein Priel am Deichfuß bilden kann, wurde zugunsten des Kurzzeitmodellversuchs der Bundesanstalt für Wasserbau verworfen.

Da half es auch nichts, dass der LBU vor Gericht das Szenario entwickelte, dass in einer lang andauernden Sturmflutphase der Wellenschlag den Meeresboden vor dem Deich dermaßen aufwühlen könnte, dass er infolgedessen in das benachbarte bis zu 37 m tiefe Baggerloch abrutsche. *"Dann ist das Kind in den Brunnen gefallen."* Das VG folgte da der Erwiderung der Genehmigungsbehörde (LBEG), dass man genügend Erfahrungen besitze, um das auszuschließen. Auf die Frage, wo denn diese Erfahrungen gesammelt wurden, nannte das LBEG die Weiße Bank und eine Stelle bei Hamburg.

Die Weiße Bank befindet sich in der von der internationalen Seerechtskonvention festgelegten "Ausschließlichen Wirtschaftszone" (AWZ) vor der nationalen Küstenlinie – auch 200 Meilen-Zone genannt – die berg- und fischerei- und baurechtlich zu Deutschland gehört. Die Weiße Bank ist ca. 180 km von Wangerooge in nordwestlicher Richtung entfernt. Die Wassertiefe beträgt dort zwischen 35 und 39 Meter und ist damit etwas geringer als die des umgebenden Seegebiets mit mehr als 40 Metern. Die Bank wurde von Baggern aufgesucht, die dort vermutlich mit Genehmigung des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) Sand für die Rotterdamer Hafenerweiterung abbaggern.

Der LBU wies darauf hin, dass die Weiße Bank weit draußen in der Deutschen Bucht liege und die Verhältnisse dort – genauso wie auf der Elbe – nicht mit der Situation im Bereich des Deichbandes vor den Wilhelmshavener Großenflächen vergleichbar sei.

Diesen Einwand hörte sich das Gericht geduldig an und kam zu der Feststellung, dass ein Naturschutzverband nicht für Küstenschutz und Deichsicherheit zuständig sei. □

Missbrauch

Auch Wilhelmshaven ersetzt reguläre Arbeitsplätze durch Ein-Euro-Jobs

(noa) Ein-Euro-Jobs bei der Stadt Wilhelmshaven und die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Personalrates bei diesen "Arbeitsgelegenheiten" waren Thema der ALI-Monatsversammlung am 10. Juni. Dieter Kanth, Personalratsvorsitzender der Stadt, war der Referent. Kanth begann damit, dass er sich selbst zitierte. Er erinnerte an die Jahrestwende 2004/2005, als Hartz IV Gesetz wurde.

Arbeitsloseninitiative
Wilhelmshaven/Friesland



Damals hatte er auf der Montagsdemo gesagt: "Für die Verwaltungsmitarbeiter, die das Hartz IV-Gesetz in Verwaltungen umsetzen sollen, ist dieses Gesetz eine Zumutung, weil es handwerklich schlecht gemacht ist, weil es unter Zeitdruck umgesetzt werden muss, weil es noch eine Fülle von Unklarheiten beinhaltet, weil es politisch noch immer hoch umstritten ist, weil es zusätzliche Arbeit und Überstunden bei jetzt schon nicht ausreichendem Personal in Sozial- und Arbeitsämtern erfordert.

Aber offensichtlich ist das der Bundesregierung egal, sie will Wirtschafts- und Unternehmerverbänden in diesem Land ihre Durchsetzungsfähigkeit auf Kosten breiter Bevölkerungsschichten beweisen.

Besser wäre es aus meiner Sicht, die Durchführung des Gesetzes so lange auszusetzen, bis Klarheit über die Rechtsnormen und die Organisationsformen, in denen dies geschieht, besteht und eine bessere politische Akzeptanz im Lande vorhanden ist.

Sonst baden nämlich die Beschäftigten vor Ort in den Ämtern dieses unausgegorene Gesetz zusammen mit den Betroffenen aus, und das kann auch Konflikte geben!

Am allerbesten wäre es jedoch, dieses Gesetz insgesamt fallen zu lassen, weil es Langzeitarbeitslose am Neujahrsmorgen 2005 in die Armutsfalle treibt, während am Silvesterabend 2004 davor bei den besser Verdienenden und Reichen in diesem Land die Champagnerkorken geknallt haben, weil sie massive Steuerenkungen feiern konnten.

Aber auch die eigentliche Zielsetzung von Hartz IV, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, wird eindeutig verfehlt. Ich will Ihnen einmal vorlesen, was das dann für Ein-Euro-Jobs sind, die im Zusammenhang mit Hartz IV geschaffen werden sollen: So will z. B. die Stadt Oldenburg Ein-Euro-Jobs als Hausmeisterhelfer, Hausarbeiter und Helfer

in der Abfallwirtschaft usw. schaffen.

Meine Damen und Herren, das waren und sind bisher reguläre Arbeitsplätze mit Tarifgebundenheit in städtischen Verwaltungen gewesen. Es wird also vermutlich keine zusätzlichen Arbeitsplätze geben, sondern bestehende tariflich abgesicherte werden in ungesicherte Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. So hilft Hartz IV Arbeitgebern im kommunalen Bereich auch noch, Personalkosten zu sparen und weiter tarifgebundene Arbeitsplätze abzubauen."

All das, so Kanth, hat sich bestätigt: Die Flut von Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Hartz IV zeigt, wie unausgegoren das Gesetz ist, und die Tatsache, dass das Bundesverfassungsgericht die Organisationsform der Arge (Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitsagentur und Kommune) als verfassungswidrig bezeichnet hat, bestätigt das erst recht. Die chaotischen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bei den Job-Centern aus der Anfangsphase bestehen fort, weil die Personalausstattung nicht ausreicht – das ist keineswegs nur in Wilhelmshaven so.

Die Einschätzung der Gewerkschaft verdi, dass die Ein-Euro-Jobs reguläre Arbeitsplätze vernichten, dass die Kommunen durch ihre dauernde Finanznot dazu verführt werden, diese "Arbeitsgelegenheiten" zu missbrauchen, trifft nach den Erfahrungen von Dieter Kanth auch in Wilhelmshaven zu.

Eine Kontrolle der Arbeitsgelegenheiten durch die Personalräte war zu Beginn nicht möglich, weil die Arbeitgeber sich weigerten, das Mitbestimmungsrecht der Personalvertretungen anzuerkennen. Erst seit einem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts 2007 werden nun auch bei der Stadt Wilhelmshaven die Personalvertretungen beteiligt.

Erstaunt waren die TeilnehmerInnen der Versammlung über die geringe Zahl der AGHs bei der Stadt Wilhelmshaven: Von den seit diesem Bundesverwaltungsgerichtsbeschluss den Personalvertretungen vorgelegten Maßnahmen musste der Gesamtpersonalvertretungen bestehen – wie schon in anderen ALI-Versammlungen von anderen Leuten angemerkt – erhebliche Zweifel daran, ob sie den Kriterien, die an AGH anzulegen sind, tatsächlich genügen. Dass eine Stadt ihre Grünanlagen pflegt und ihre Straßen reinigt, dürfte wohl kaum zusätzlich sein. Die Information von Dieter Kanth, dass momentan im städtischen Eigenbetrieb "Straße und Grün" zehn Planstellen unbesetzt sind, während 25 AGH laufen, bestätigt die Behauptung, dass auch die Stadt Wilhelmshaven die AGH missbraucht.

Südstadt!!

BAVARIA KRUG

Betreutes Trinken
seit 1913!

nalrat 37 AGH ablehnen, weil sie nicht den rechtlichen Bestimmungen entsprachen; lediglich 16 AGH konnten nach dem Beteiligungsverfahren dann durchgeführt werden. Nur 53 beantragte AGH? Nur 16 durchführte? Man sieht jeden Tag mehr als 16 Ein-Euro-Jobber in der Stadt ihren Tätigkeiten nachgehen.

Und die, die man bei der Arbeit beobachten kann, sind nicht unbedingt bei der Stadt beschäftigt. Die Zersplitterung der Stadtverwaltung in zahlreiche Eigenbetriebe, die dann offiziell nicht mehr zur Stadtverwaltung gehören, entzieht dem Personalrat die Mitbestimmungsmöglichkeit, und die zahlreichen Töchter der Stadt beschäftigen Ein-Euro-Jobber, von denen der Personalrat nicht einmal etwas erfährt.

Tatsächlich ist es aber auch so, dass es nicht mehr so viele Arbeitsgelegenheiten gibt wie zu Beginn der Gültigkeit des Gesetzes. Die Job-Center selber überprüfen die Anträge von Arbeitgebern nach einer kritischen Stellungnahme des Bundesrechnungshofes genauer und lehnen viele Anträge ab.

Die Personalvertretungen bestimmen da, wo sie beteiligt werden, nicht nur darüber mit, ob im Betrieb AGH eingerichtet werden. Bei ihrer Beteiligung geht es auch darum, Arbeitsbedingungen der AGH-Kräfte mitzugeben und für die Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen zu sorgen. Und da, wo keine Personalvertretung besteht oder sie nicht beteiligt wird, besteht die Gefahr, dass Mindeststandards der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsstätten nicht eingehalten werden.

Sehr überrascht waren die ZuhörerInnen, als Kanth erklärte, dass Ein-Euro-Jobber bei Betriebs- bzw. Personalratswahlen wahlberechtigt sind. Das werden wohl die wenigsten Arbeitgeber sagen.

Die Stadtverwaltung bedient sich neuerdings zunehmend der GAQ, um AGH durchzuführen. So sind viele Ein-Euro-Jobber im Bereich der städtischen Grünanlagen am Personalrat vorbei eingesetzt. Bei diesen Maßnahmen bestehen – wie schon in anderen ALI-Versammlungen von anderen Leuten angemerkt – erhebliche Zweifel daran, ob sie den Kriterien, die an AGH anzulegen sind, tatsächlich genügen. Dass eine Stadt ihre Grünanlagen pflegt und ihre Straßen reinigt, dürfte wohl kaum zusätzlich sein. Die Information von Dieter Kanth, dass momentan im städtischen Eigenbetrieb "Straße und Grün" zehn Planstellen unbesetzt sind, während 25 AGH laufen, bestätigt die Behauptung, dass auch die Stadt Wilhelmshaven die AGH missbraucht.

Das erstaunte nun niemanden in der Versammlung. □

Jonathan



Naturkost

Wir wünschen schöne Sommerferien!

Wilhelmshaven • Marktstr. 94 • Tel. + Fax: 04421/13438

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Neu Neu Neu Das MüZe im Internet

Sie finden alles über

uns

von
aktuellen
Angeboten

bis

Zauberhaften Kindermund

Ab sofort unter

www.suedstadt-online.de

Reinschauen lohnt sich!

Öffnungszeiten

Café MüZe:

Montag - Freitag

9.30 - 12.30 Uhr

Mittwoch auch

15.00 - 18.00 Uhr

Gehen würde es

Tariflich bezahlte und sozialversicherte Arbeit statt Ein-Euro-Jobs

(noa) Die Aufteilung der Stadtverwaltung in viele Eigenbetriebe unterschiedlicher Rechtsform und auch die unterschiedlichen Anfangs- und Endtermine von Arbeitsgelegenheiten (AGH - landläufig als "Ein-Euro-Jobs" bezeichnet) machen es schwer, genau festzustellen, wie viele AGH es bei der Stadt Wilhelmshaven gibt.

Wenn man nun aber hört, dass momentan im städtischen Eigenbetrieb "Straße und Grün" zehn Planstellen unbesetzt sind, während 25 AGH laufen (sh. Beitrag "Missbrauch" in dieser Ausgabe), kommt man zu dem Schluss, dass es auf jeden Fall zu viele sind.

2005 schon, im ersten Hartz IV-Jahr, hat die Gewerkschaft ver.di AGH als "Schwarzarbeit" bezeichnet, und der ver.di-Bundeskongress 2007 hat die Umwandlung der AGH in existenzsichernde, sozialversicherte, arbeitsrechtlich geschützte und tariflich vergütete Beschäftigungsverhältnisse gefordert. Die Gemeinde Großefehn hat jüngst vorgemacht, dass das geht.

Vor einigen Monaten gab es einen Beschluss des Gemeinderates, keine Ein-Euro-Jobs mehr einzurichten. Die "Ostfriesischen Nachrichten" berichteten nun am 2. Juli in ihrer Online-Ausgabe, dass der Fehntjer Verwaltungsausschuss 18 Einstellungen beschlossen hat, um zwei Pflaster- und drei Grünkolonnen zur Pflege öffentlicher Anlagen zu bilden. "Ein zusätzlicher Paragraf in der Hartz IV-Gesetzgebung", so heißt es da, "regelt die Förderung auf ein Jahr befristeter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse."

Mehr als 3000 Menschen demonstrierten am 5. Juli in Oldenburg gegen einen Aufmarsch der Neo-Nazis, die mit 50 bis 70 Leuten angereist waren. Die Veranstalter sprachen von einer erfolgreichen Aktion. DGB-Vorsitzender Manfred Klöpper zum Gegenwind: "Auch wenn es nur gegen 50 Neo-Nazis ging, die Bürger und Bürgerinnen aus

Oldenburg und Umgebung haben bewiesen, dass sie bereit sind, gegen solche Aufmärsche Präsenz zu zeigen, dass sich der Widerstand nicht in gute und böse Demonstranten spalten lässt." Franziska Wöckel vom Vorstand der Linke Oldenburg zeigte sich erfreut darüber, dass es gelungen sei, die Nazis erfolgreich aus der Innenstadt, und von jedem Publikum, fern zu halten. "Oldenburg hat klar gemacht: Nazis sind bei uns nicht erwünscht!"

Dass es dennoch in Oldenburg zu einem ordentlichen Kuddelmuddel kam, ist sicherlich den immer noch mangelhaften Kommunikationswegen geschuldet. So kam es in Oldenburg dazu, dass die Demonstration bereits am Pferdemarkt für beendet erklärt wurde, während der größte Teil der Demonstranten auf dem Weg zur eigentlich geplanten Abschlusskundgebung am Bahnhof war.

Hier kam es dann auch zu ernsthaften Auseinandersetzungen mit der Polizei – doch die Anmelder hatten die Demo schon verlassen. (hk)

Bei dem "zusätzlichen Paragrafen" handelt es sich um eine Änderung von Hartz IV vom 17. Oktober 2007. Da wurde der § 16a SGB II neu gefasst, der "Leistungen zur Beschäftigungsförderung" regelt. Nach diesem neuen Paragrafen können Arbeitgeber unter einigen Voraussetzungen "zur Eingliederung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit Vermittlungshemmissen in Arbeit einen Beschäftigungszuschuss als Ausgleich der zu erwartenden Minderleistungen des Arbeitnehmers und einen Zuschuss zu sonstigen Kosten erhalten."

Im Fall der Großefehner Grün- und Pflasterkolonnen muss die Kommune "nur 15 bis 25 Prozent der Personalkosten tragen. Den Löwenanteil übernimmt die Arge Aurich." So ganz reguläre Beschäftigungsverhältnisse sind es also nicht. Sie sind befristet, und bei der Finanzierung wirkt das Job-Center mit. Doch sie sind sozialversichert und tariflich bezahlt. Für das Konto der Arbeitskräfte ist das auf jeden Fall schon mal besser als Arbeitslosengeld II plus Mehraufwandsentschädigung, und für den Lebenslauf und das Selbstwertgefühl ebenfalls.

Wann wird der Rat der Stadt Wilhelmshaven sich ein Beispiel am Rat der Gemeinde Großefehn nehmen und einen entsprechenden Beschluss fassen? □

KULTUR - KOMMUNIKATION

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

Frühstücke
Partys - Konzerte

www.kling-klang-whv.de

ROCK FISCH

MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Anzeige

Bus-Shuttle – Ersatzverbindung zum Sandbadestrand am Meer

Den Bürgern und Bürgerinnen Wilhelmshavens wurde durch den Bau des JadeWeserPort nun der letzte nach der "Erschließung" verbliebene Sandbadestrand am Meer genommen. Die Bewohner und Bewohnerinnen des Wilhelmshavener Stadtzentrums haben gar keinen Zugang zum Meer als Naherholungsmöglichkeit mehr.

In der Planungsphase des JadeWeserPort wurde von Vertretern der SPD und CDU, darunter auch von Oberbürgermeister Menzel, als Ersatz eine Bus-Shuttle-Ersatzverbindung zu den Sandstränden hinter unseren Stadtgrenzen angekündigt.

Mit unserer Unterschrift fordern wir, dass dieser Bus-Shuttle-Verkehr jetzt kostenlos eingerichtet wird. Außerdem soll die Stadt Wilhelmshaven auf den Landkreis Friesland und die Gemeinde Wangerland einwirken, um die Möglichkeit zu schaffen, dass die Strandbesuche unentgeltlich erfolgen können - wie früher am Geniusstrand.



Ifd. Nr.	Name	Vorname	Anschrift	Unterschrift

V.i.S.d.P.: Johann Janssen
Mitglied des Rates der Stadt Wilhelmshaven
(LAW - linke alternative wilhelmshaven)
Klinkerstraße 47 A. 26388 Wilhelmshaven

Kontakt LAW - linke alternative wilhelmshaven
Rheinstraße 96, 26382 Wilhelmshaven
Internet: www.lawwhv.de
email: info@lawwhv.de

Ausgefüllte Liste bitte an:
LAW - linke alternative wilhelmshaven
Rheinstraße 96
26382 Wilhelmshaven



WählerInnengemeinschaft für
Arbeit und soziale Gerechtigkeit
linke alternative wilhelmshaven



Gemeinsam stark
für soziale Gerechtigkeit!

DEIN ZELT FÜR'S KLIMA
25. - 27. Juli 2008 Klima-Aktionscamp
GEGEN KOHLEKRAFT
in Wilhelmshaven
Demo - Musik - Aktion - Campen
Smart-Mob - Diskussion
Teilnahme: 7 Euro
www.klima-aktionscamp.de

Dein Zelt fürs Klima -- Klima-Aktionscamp gegen Kohlekraft in Wilhelmshaven

Unter dem Motto "Dein Zelt fürs Klima" wollen die Organisatorinnen und Organisatoren des Klima-Aktionscamps gemeinsam mit den Teilnehmenden darauf aufmerksam machen, dass gerade jetzt in vielen Orten Deutschlands der Neubau von Kohlekraftwerken geplant, genehmigt und durchgeführt wird. Wilhelmshaven soll sogar drittgrößter Standort für Kohlekraft weltweit werden.

Und das gerade jetzt, wo klar ist, dass jeder zusätzliche Ausstoß von Treibhausgasen vermieden werden muss, wenn die Auswirkungen des Klimawandels noch eingedämmt werden sollen. Das Ansehen, das Deutschland in Bezug auf Klimafreundlichkeit und CO2-Einsparung genießt, wird jedoch durch die Ausweitung der Kohlekraft zur Makulatur.

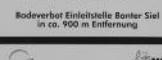
Das Klima-Aktionscamp findet vom 25. bis zum 27. Juli in Wilhelmshaven statt. Weitere Informationen sind auf www.klima-aktionscamp.de zu finden. Alle Interessierten sind auch herzlich eingeladen beim nächsten Vernetzungstreffen, am 13.07. um 12 h in Oldenburg (Friedensplatz 4) mitzuwirken.

WWW.BASU-WHV.DE BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN**24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT**

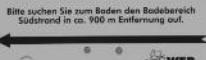
Blaualgen - kennen wir schon, werden jetzt ein vermehrtes Algenaufkommen]. Da viele sagen [gähn]. Die blühen doch wie jedes Jahr im Banter See in Wilhelmshaven und dann stinkt das immer so und dann stellen die von der Stadt immer diese Schildchen auf auf denen steht: „Baden verboten, Vergiftungsgefahr!“ Etwas weiter, so ca 400 Meter Luftlinie am Südstrand von Wilhelmshaven: „Badeverbot“, weil man dort ungeklärte Abwässer mit ungeklärten Fäkalien verklappt. Da loben wir uns doch diesen Hans Hartmann von der SPD, der hat noch richtige Visionen. Der hat nämlich gesagt: „Wir müssen den Menschen etwas zurückgeben, die jetzt wegen des Hafenbaus keinen Geniusstrand mehr haben. Da es am Südstrand stinkt, lasst uns doch eine Lagune bauen!“ [HINWEIS: Neben temporär auftretender gequirlte Schei...e gibt es auch dort ein richtiges Baden]

Badestrand Südstrand**EU-Badegewässer**

Bitte bleiben Sie zum Baden
im Badebereich!
Badeverbot Einleitungszeit Banter Siel
in ca. 900 m Entfernung

**Banter Siel****Badeverbot**

Gefahr durch Querströmung, Einleitung von Mischwasser bei starkerem Regen möglich.



Die Verbotsschilder für Wilhelmshavens Vorzeige-Badezonen sind echt!

BASU-TREFFEN: 2x IM MONAT, JEDEN 1. u. 3. MONTAG | RUSCHEREI | 19.30 UHR!

BASU
FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN

BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES | UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE

GRUPPO635.COM | fotos: hufendach